FileNr:43|id:7Y6D-XD51-2PFH-X0YD|date:2010-04-09|source:Welt|title:Nichts gelernt; Die Banken haben eine Verpflichtung, für ihre Rettung zu bezahlen - freiwillig oder gezwungen

#######DONT CHANGE THE ABOVE############

Eine wesentliche Lehre aus der Weltfinanz- und -wirtschaftskrise ist, dass die Nationalstaaten und ihre Zentralbanken oder im Falle Europas die EZB das Schlimmste verhueteten, eine Vielzahl notleidender Banken retteten und einen „bank run" verhinderten. Es waren also die Staaten, die in der Lage waren, die schreckliche wirtschaftliche Gegenwart mittels Staatsverschuldung sowie Ausgaben- und Stabilisierungsprogrammen gegen kuenftig bessere wirtschaftliche Aussichten zu tauschen und dabei die Reputation der Zentralbanken zu garantieren. Diesen „Wechsel auf die Zukunft" konnten die angeschlagenen Banken nicht selbst ziehen. Auch die aeusserlich gesunden Institute waeren beim Zusammenbruch des Sektors infolge systemischer Interdependenzen in den Abgrund gerissen worden.

Laender, die selbst jenseits aller fiskalischer Stabilitaet operierten, haeufig unter den „PIGS-Staaten" subsummiert, waeren sofort ins Straucheln geraten, haetten sie nicht an staerkere Laender andocken duerfen. Wenn also der Staat so zentral ist, seine Essenz quasi wiederentdeckt wurde, dann muss er als Bollwerk gegen Wirtschaftskrisen stabilisiert werden. Dann muss die durch die Krise aufgetuermte Verschuldung zuegig sinken. Der von uns vor ueber einem Jahr ins Gespraech gebrachte Lastenausgleich fordert, dass die Finanzinstitute, die unter dem staatlichen Schirm beguenstigt ueberleben durften, diejenigen entlasten, die schliesslich die Zeche zahlen, insbesondere den Staat. Zunehmend ist dafuer Platz: Das Systemische rechtfertigt inzwischen auch neue Bonusorgien - man bekaeme ja sonst keine guten Leute, um die Bank aus der Krise zu fuehren! Schon dieses Geld waere besser zur Schuldentilgung angelegt. Dieser „Lastenausgleich" knuepft an eine Sondersteuer nach dem 2. Weltkrieg an, die den Ausgleich schaffte zwischen denen, die zufaellig unter den Schirm der Alliierten geraten waren, und Fluechtlingen aus den deutschen Ostgebieten. Gerade von denen, die am meisten auf den Staat vertrauten, naemlich den „staatsbeschirmten" Banken, erntete dieser Vorschlag seinerzeit Haeme. Wie heute. Dabei sollten es die Banken besser wissen: Den Ratinggrundlagen entsprechend bemisst sich die Bonitaet eines Unternehmens oder einer Bank auch nach der des Sitzlandes. Anders gewendet: Es liegt im Interesse des Bankensektors, gesunde Staatsfinanzen zu haben, weil dies das Souveraenrisiko senkt und die Bonitaet des Staats erhoeht. Deshalb geht die gegenwaertige Diskussion ueber eine Bankenabgabe, die in Berlin gefuehrt wird, am Thema vorbei. Eine Bankensteuer wehrt allenfalls als Teil einer Kaskade von Verteidigungsriegeln kuenftige Krisen im Vorfeld ab, wenn sie ueberhoehte Risikoneigungen bestraft. Im Falle einer Katastrophe kann der Bankenfonds schon aus seinem geringen Volumen heraus nichts bewirken. Schlimmer: In der Systemkrise schmilzt das Fondsvermoegen wie andere Vermoegen auch. Wir benoetigen daher eine Finanzmarktabgabe aller Finanzinstitutionen, um die Staatsschulden moeglichst schnell zurueckzufuehren. Wir brauchen einen Pakt zwischen Staat und Finanzindustrie, so dass die Abgabe tatsaechlich Staatsschulden reduziert und nicht im Sozialsektor versickert. Alle Finanzinstitute muessen entsprechend ihrer Risikopositionen zahlen, also einmal nach dem klassischen Portfoliorisiko im Markt, aber auch nach Massgabe der systemischen Interdependenz mit anderen Finanzinstituten. Das Volumen ist am Eigenkapital der Vorkrisenzeit zu bemessen, weil dieses eine zuverlaessige und manipulationsfreie Grundlage gibt. Diese vorab fixierte Abgabe sollte zeitlich variieren, wenn Boni sinken und erhoehte Zufuehrungen zum Eigenkapital getaetigt werden. Der Wettbewerb im Bankensektor ist zu intensivieren, um das Abwaelzen der Lasten auf die Kunden zu beschraenken. Diese Loesung ist dem Vorschlag ueberlegen, in der naechsten Systemkrise Bankenschulden in Eigenkapital zu wandeln - wer wollte sich heute bereits darauf einlassen ohne erheblichen Zinsaufschlag? Sie ist besser als jede Finanzmarkttransaktionssteuer, die nur weltweit funktionieren kann und der sich Betroffenen leicht entziehen koennen. Zudem erfasst sie den ausserhalb der Boerse gehandelten „Giftmuell" kaum. Sollte dadurch die Bonitaet einer Bank leicht sinken, wuerde dies durch das abnehmende Souveraen-Risiko des Staates mehr als wettgemacht. Alle wuerden gewinnen! Ulrich Blum ist Praesident des Instituts fuer Wirtschaftsforschung Halle...